



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

9/SN-370/ME XVIII. GP - Stellungnahme (gescanntes Original)

9/SN-370/ME 1 von 4

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Telex 1370-900 Telefax 531 15/2699  
DVR: 0000019

GZ 600.741/0-V/4/94

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

in W i e n

Betrifft GESETZENTWURF
Z. <u>51</u> -GE/19- <u>P4</u>
Datum: 05. OKT. 1994
Verteilt <u>10.10.94</u> <u>Rei</u>

*H. Jannitsch*

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom Internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazilität (ESAF)

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines  
Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen Beitrages  
zum vom Internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds  
für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazilität  
(ESAF).

2. Oktober 1994  
Für den Bundeskanzler:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.741/0-V/4/94

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
Abteilung III/15

Himmelpfortgasse 4-8  
1015 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Achleitner

2219

IF-100/101-III/15/94  
27. Juni 1994

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom Internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazilität (ESAF)

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst teilt zum obangeführten Gesetzentwurf folgendes mit:

1. Allgemeines zum Gesetzentwurf:

Soweit das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst sieht, würde bereits das Nationalbankgesetz 1984 (vgl. insbesondere § 3 leg.cit.) die bundesgesetzliche Ermächtigung für das von der Oesterreichischen Nationalbank beabsichtigte Handeln bieten.

2. Zum Titel:

Dem Titel des vorgelegten Entwurfes ist eine in Klammern gesetzte Buchstabenkürzung nachgestellt. Gemäß der Richtlinie 101 der Legistischen Richtlinien 1990 kann dem Titel bei Bedarf auch eine Abkürzung angefügt werden, wobei auf die Unterscheidbarkeit zu achten ist. Da die Buchstabenkürzung "ESAF" bereits im Titel des Bundesgesetzes über die Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom Internationalen

- 2 -

Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die ergänzende Strukturanpassungsfazilität, BGBl. Nr. 689/1988, verwendet wurde und überdies diese Buchstabenkürzung nur eine - nicht weiter aussagekräftige - englische Abkürzung für einen Begriff aus dem Titel der Rechtsvorschrift ist, wäre der Klammerausdruck "(ESAF)" zu streichen. Es wird weiters angeregt zu prüfen, ob nicht zur Unterscheidbarkeit vom oben angeführten Bundesgesetz aus 1988 im Titel des vorliegenden Gesetzentwurfes die "Leistung eines zweiten österreichischen Beitrages ..." angeführt werden sollte.

3. Zu § 2:

Gemäß Richtlinie 57 der Legistischen Richtlinien 1990 ist klarzustellen, auf welche Elemente des Tatbestandes oder der Rechtsfolge der zitierten Bestimmung verwiesen wird. Eine Verweisung, in der die verwiesene Bestimmung ohne näheren Hinweis auf ihre Bedeutung in Klammern gesetzt wird, sollte zugunsten einer eindeutigen Formulierung vermieden werden.

Im übrigen ist auf Richtlinie 61 der Legistischen Richtlinien 1990 hinzuweisen, wonach dann, wenn eine verwiesene Rechtsvorschrift in ihrer jeweiligen Fassung angewendet werden soll, dem Zitat und der Fundstelle der Stammfassung die Wendung "in der jeweils geltenden Fassung" anzufügen ist. Es wäre daher vom do. Bundesministerium klarzustellen, ob die Rechtsvorschrift in der derzeit geltenden oder in der jeweils geltenden Fassung angewendet werden soll.

4. Zu den Erläuterungen:

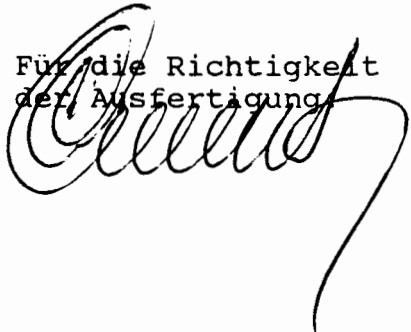
Nach telefonischer Auskunft des Bundesministeriums für Finanzen handelt es sich beim gegenständlichen Treuhandfonds um einen Fonds ohne Rechtspersönlichkeit. Es sollte daher im Allgemeinen Teil der Erläuterungen erwähnt werden, daß ein Treuhandvertrag zwischen der Weltbank und der Oesterreichischen Nationalbank

- 3 -

über die Verfügung des von der Oesterreichischen Nationalbank  
zu leistenden Subventionsbeitrages abgeschlossen wird.

2. Oktober 1994  
Für den Bundeskanzler:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

A large, stylized handwritten signature in black ink, likely belonging to the official responsible for the document's issuance.